

2300 LehrerInnen im Curiohaus

*Hamburgs Lehrerschaft für Einheitsschule und Selbstverwaltung/
Teilerfolge im Zuge der Novemberrevolution 1918.*

Kaum war der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat am 6. November 1918 gebildet, so setzte er die Neugestaltung des Schulwesens auf die Tagesordnung. Die Initiative war ausgegangen von drei Mitgliedern der *Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens* in Hamburg (GdF), der Vorläuferorganisation der GEW-Hamburg. Bereits am 12. November kam es in beiden Sälen des Curiohauses zu einer allgemeinen Lehrerversammlung mit 2300 TeilnehmerInnen. Neben der Wahl eines Lehrerrats kam es zur Beratung und Verabschiedung der zentralen

Forderungen, die zusammen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg durchgesetzt werden sollten (Ein ausführlicher Bericht findet sich in der *Pädagogischen Reform* vom 19.11.1918 - vgl. folgende Seiten).
Trotz teilweise heftiger politischer Differenzen in den vorangegangenen Jahren wurden nahezu einstimmig folgende Ziele beschlos-

sen: Einführung der Einheitsschule; Selbstverwaltung der Schule unter Beteiligung der Eltern; politische, Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Verankerung der Forderungen in einem Reichsschulgesetz.
Die Selbstverwaltung beinhaltete vor allem die Wahl der Schullei-

meinschaft mit den Organen der Eltern und des Staats, verwalte frei von allen *wesensfremden, behördlich gesetzten Autoritäten* die unabhängige Schule«, hatte schon die *Pädagogische Reform* (am 12.11.1918; Hervorhebung im Original) gefordert.
Die Versammlung wählte einen 30-köpfigen Lehrerrat, der in den folgenden Monaten sowohl mit dem Arbeiter- und Soldatenrat als auch mit der fortbestehenden Schulbehörde verhandelte. Angesichts der Aufbruchstimmung erklärten sich überraschend auch die Vertreter der Oberlehrer aus den höheren Schulen bereit, auf dem Boden der vier Forderungen mitzuarbeiten. So konnte der Lehrerrat ohne nennenswerte Kritik konkretere Forderungen zur Einführung der Einheitsschule beschließen: u.a. den Wegfall des Schulgelds an staatlichen Schulen und die Abschaffung der Vorschulen (gemeint waren spezielle Grundschulen für Gymnasien).
Als der Arbeiter- und Soldatenrat

Hamburger Lehrerzeitung

<p>Herausgegeben der Gesellschaft vaterländischen Erziehungswesens</p>		<p>und verlegt von der Freunde des Schul- und Er- in Hamburg</p>
--	---	--

1. Jahrgang Hamburg, Mittwoch, den 4. Januar 1922 Nummer 1

Inhalt: Worte und Wünsche / 50 Jahre deutscher Lehrerverein / Hamburgische Woche für Erziehung und Unterricht / Gehalt und Leistung / 45 Jahre Pädagogische Reform / Vom Saubermann der Erwerbstätigen / Brecht, Aushebung von Schülerarbeiten / Mitteilungen der „Gesellschaft“

Worte und Wünsche.

Die Hamburger Lehrerzeitung tritt mit der vorliegenden Nummer als freies Vereinsorgan der „Gesellschaft der Freunde“ in die Öffentlichkeit. Sie steht nicht im Dienste einer Partei oder Konfession, einer Behörde oder regierenden Körperschaft, sie dient allein der Schule, der Jugend und ihrer Lehrerschaft. Sie weiß sich verbunden mit allen wesentlichen Menschen, die aus innerer Notigung und Berufung Jugend- und Volkserzieher sind. Sie stellt sich allen zur Verfügung, von denen wir hören, daß von ihnen leben!

in unserer Vereinsarbeit. Soll die „Gesellschaft“ ihre Stofkraft, zu der uns ihre Tradition gegenüber der deutschen Lehrerschaft und der Öffentlichkeit verpflichtet, behalten, dann muß ihre Arbeitsorganisation mit der gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten. Wir müssen erkennen, welche Aufgaben nur von der Gesamtheit in harter Geschlossenheit zu erfüllen sind.

Die erste Nummer der hlz

„kleine nur in leber“
„freier“
„Arbeitsgemein“
„Hilf“
„“

Die erste Nummer der hlz

tung und die Übertragung von mehr Verantwortung für die KollegInnen an den Schulen: »Der Leiter der Schule ist nicht mehr Vorgesetzter, sondern Vorsitzender«, sagte Hermann Leo Köster, ein langjähriger Sprecher der LehrerInnen, auf der Versammlung. »Ein einheitlicher, wissenschaftlich vorgebildeter Lehrerstand, in lebendiger Verbindung und Ge-

vier Forderungen mitzuarbeiten. So konnte der Lehrerrat ohne nennenswerte Kritik konkretere Forderungen zur Einführung der Einheitsschule beschließen: u.a. den Wegfall des Schulgelds an staatlichen Schulen und die Abschaffung der Vorschulen (gemeint waren spezielle Grundschulen für Gymnasien).
Als der Arbeiter- und Soldatenrat

jedoch im Dezember 1918 auf Vorschlag des Lehrerrates die Abschaffung des Religionsunterrichts verfügte, entlud sich der Unmut der Mehrheit der Oberlehrer, die als sehr konservativ galt. Mit dem Hinweis, der Lehrerrat habe die vier Grundforderungen in der Ausführung »überspannt«, wandten sie sich jetzt auch gleich gegen die Wahl der Schulleiter auf Zeit und die Einführung der Einheitschule zu Ostern 1919. Der noch existierende Senat, im Aufwind durch das allgemeine Erstarken restaurativer Kräfte im Reich, verschleppte unter dem Vorwand der bevorstehenden Bürgerschaftswahl die Umsetzung des neuen Schulleiteramts. Gestärkt durch Proteste von Lehrerinnen gelang es GdF-Vertretern jedoch, den kaum noch tagenden Arbeiter- und Soldatenrat zur Ein-

führung der Selbstverwaltung an den Schulen zu bewegen: In seiner letzten Verordnung überhaupt legte er am 23.3.1919 fest, dass Schulleiter vom Lehrerkollegium zunächst nur noch für ein Jahr zu wählen seien. Bisherige Schulleiter würden wieder einfache Lehrer, außer im Fall der Wiederwahl. Obwohl die Verordnung sofort in Kraft trat, verbot die Behörde diese Wahlen. Die am 16.3.1919 gewählte Bürgerschaft bestätigte die Regelung jedoch Ende April mit klarer Mehrheit. So kam es im Mai an 198 Schulen zu den Wahlen, bei denen auch je drei Elternvertreter Stimmrecht erhielten. Dabei wurde etwa ein Drittel der bisherigen Schulleiter nicht wiedergewählt - eine Bestätigung für die Reformkräfte. Die in der Novemberrevolution erhobenen Forderungen fanden sich

abgeschwächt auch in zwei neuen Gesetzen wieder: Das »Gesetz über die Einheitschule« vom 16.5.1919 bewirkte die einheitliche vierjährige Grundschule sowie für Volksschüler die Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit. Im Selbstverwaltungsgesetz vom 12.4.1920 wurde die Wahl des Schulleiters auf drei Jahre und die Abschaffung seines Vorgesetztenstatus verankert. Diese Regelung ging auch weit über die heutigen Bestimmungen hinaus und galt bis zur NS-Machtübernahme im Jahr 1933. Hamburgs LehrerInnen machten nach 1920 vor allem durch pädagogische Neuerungen, durch Versuchsschulen und Gemeinschaftspädagogik von sich reden. Die ab 1922 erscheinende *hlz* sollte dabei eine Stütze sein.

MANNI HEEDE

1922: Gegen die »starre Lähmung«

Vor 80 Jahren erschien die erste Ausgabe der hlz. Bis dahin begleitete die Pädagogische Reform den Kampf für ein demokratisches Schulwesen.

in Hamburg (GdF), bereits seit 1805 gab, erschien erst jetzt ein eigenes Vereinsorgan. Der durch die Novemberrevolution ausgelöste Enthusiasmus und Reformwille der Hamburger Lehrerschaft fand sein Sprachrohr noch in der *Pädagogischen Reform*. Diese wurde seit 1877 von einzel-

Die Geburtsstunde der *Hamburger Lehrerzeitung (hlz)* führt zurück in den Januar 1922, gut drei Jahre nach der Novemberrevolution und dem Ende des Ersten Weltkriegs. Obwohl es die Vorläuferorganisation der GEW-Hamburg, die *Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens*

Hamburger Lehrerzeitung
Herausgegeben und verlegt von der
Gesellschaft d. Freunde des vaterländischen
Schul- und Erziehungswesens in Hamburg

Hamburg, Mittwoch, den 3. Januar 1923 Nummer 1

2. Jahrgang

Zum neuen Jahre!
Weihnachten, Winterferienwende und Jahreswechsel sind Festtage der Sehnsucht, wo die Menschenseele in heißem Verlangen aus Not und Unmühsamkeit

münden in einen gemeinsamen Lebensstrom, den wir noch nicht sehen, dessen Lauf noch unter Tage liegt, dessen geheimnisvolles Raufsein wir aber zu hören glauben. Ebenjowenig, wie es aber möglich ist, im Mannesalter zur Kindheit zurückzukehren und nach infantilem Schema die Welt zu begreifen, wird es uns aeltingen, die Geistigkeit

hlz 1923: Erster Auftritt des Gärtners

PÄDAGOGISCHE REFORM

ZUGLEICH ZEITSCHRIFT DER HAMBURGER LEHRMITTEL-AUSSTELLUNG
HERAUSGEGEBEN VOM VORSTANDE DER PÄDAGOGISCHEN REFORM

ERSCHEINT JEDEN MITTWOCH UND IST DURCH
ALLE BUCHHANDLUNGEN UND DIE POST ZU
BEZIEHEN. IN HAMBURG-ALTONA NIMMT AUCH
DER VERLAG BESTELLUNGEN ENTGEGEN.

VERANTWORTL. SCHRIFTFLEITER
WILHELM PAULSEN
HAMBURG-FUHLSBÜTTEL
BROMBEERWEG 28

BEZUGSPREIS 1,20 M DAS VIERTELJAHR
ANZEIGEN (DIE 5 GESP. ZEILE 25 PF., FAMILIEN-
ANZEIGEN 20 PF.) NEHMEN ALLE ANZEIGEN-
ANNAHMESTELLEN U. D. VERLAG ENTGEGEN.

VERLAG U. VERSAND: WILHELM SENGER, HAMBURG 36, ROTHENBAUMCHAUSSÉE 15, CURIOHAUS. TEL. GR. 5, 4415

42. JAHRGANG

HAMBURG, DIENSTAG, DEN 19. NOVEMBER 1918

NO. 47

Vor der Erfüllung.

Die Einheitsschule und ein einiger, unabhängiger Lehrerstand in Hamburg.

12. November 1918.

Einsetzung eines Lehrerrates.

Der Geist, der draußen unter der geschichtlichen Führung des vierten Standes alle Menschen aufruft, um in Deutschland einen neuen Kulturstaat aufzubauen, greift auch tief in das Schulleben ein. Auf der großen, allgemeinen Versammlung aller Lehrer der Volksschulen, höheren Schulen, Fortbildungs- und Privatschulen hat sich die Gesamtlehrerschaft zu den Hauptforderungen der deutschen Schule bekannt, alle Schulgattungen zur Einheitsschule zusammenzufassen, ihr das Selbstverwaltungsrecht zu geben und sie beherrschen zu lassen vom Geist wahrhafter politischer und religiöser Duldung. Alle drei Forderungen sollen in einem Reichsschulgesetz fest verankert werden. Damit sind auf einen Tag alle fast unüberbrückbar scheinenden Gegensätze gefallen. Erhebend wirkte es, daß die Versammlung die Mitteilung entgegennehmen konnte, daß die Oberlehrer einmütig diesen Forderungen zustimmten. Diese Tat hat alle vergangenen Kämpfe vergessen gemacht. Konnte die Massenversammlung, die von nachmittags 1/3 Uhr bis tief in den Abend hinein dauerte, auch nicht überall Höhepunkte zeigen, und klang auch nicht jeder Ton so ganz voll und rein, wie die Gefühlsspannungen es erwarteten, so wurden doch Verlauf und Erfolg des Abends zu einem Ereignis, das den 12. November zu dem denkwürdigsten Tag im Leben der hamburgischen Schule erhob. Die Aussprachen fanden ihren Abschluß mit der Einsetzung eines Lehrerrates, dem in seinen Verhandlungen mit der Gesetzgebung das zukünftige Geschick der Verfassung der hamburgischen Schule anvertraut wurde. Die hamburgische Schule ist nun frei, ihre Fesseln sind gefallen, und das neue Leben der Zukunft, das mit dem Frieden im Volke erwacht, wird auch in sie einziehen. Die Kräfte, die es in uns allen auslösen wird, das Berufsglück, das uns in unserer Arbeit und der Jugend in ihrer Entwicklung erwachsen wird, sind für uns heute noch unabschätzbar.

Möge sich die Zukunft danach gestalten!

Mitglieder des Lehrerrates sind:

1. Volksschullehrer: Wolgast, Lottig, Götze, Blinkmann, von Borstel, Köster, Lamszus, W. Paulsen, Schumann, Schlünz, K. Höller, Jöde, Ballerstaedt, Harbeck. 2. Volksschullehrerinnen und Privatschullehrerinnen: E. Seifarth, Ruge, Burchard, Wolgast, O. Petersen, Fr. Wiese, Mittell, Schlichtkrull. 3. Oberlehrer: Umlauff, Wendt, Loewenberg, Adams, Doermer, Dissel (nicht, wie irrthümlicher Weise an die Zeitungen berichtet war, auch die Herren Direktor Schwenkow und Professor Berg). 4. Oberlehrerinnen: Bäumer, Glinzer.

Zum ersten Vorsitzenden wurde in der verfassunggebenden Sitzung des Lehrerrates Hein-

rich Wolgast, zum Geschäftsführer H.L. Köster, zum zweiten Vorsitzenden Dr. Dörmer und zum dritten Fr. Seyfarth gewählt. Schriftführer wurden Fr. Ruge und Fr. Burchard. Auf Wunsch des Professorenkonvents wurden Dr. Stern und Dr. Parsarge hinzugewählt.

So ist Heinrich Wolgast Präsident des Lehrerrates. Die hamburgische Lehrerschaft erlebt mit dieser Tatsache eine tiefe Genugtuung. Das Recht ist in sich zurückgekehrt. Die Bürokratie, die das Erbe Lichtwarks gefährdete, die in Unverstand und Engherzigkeit die Lehrerschaft um die Frucht ihrer geistigen Arbeit der letzten Jahrzehnte brachte, die in Unduldsamkeit Heinrich Wolgast, der das geistige Programm der Lehrerschaft verkörperte, von höheren Schulaufsichtsdienst fernhielt und ihn in seiner Arbeit als Vertreter der Lehrerschaft einen so zähen und geschlossenen Widerstand entgegengesetzte, daß er sein unfruchtbares Amt in der Oberschulbehörde niederlegte, — diese Bürokratie ist heute gebrochen. Die Lehrerschaft erhob Heinrich Wolgast in das höchste Vertrauensamt, das sie zu vergeben hat. Alle niedrigen Verdächtigungen und Anklagen, die man gegen ihn und die Lehrerschaft schleuderte, um den Fortschritt zu hemmen, sind damit in ein Nichts zerfallen. Die Träger und Nährer jenes verhängnisvollen Systems leben noch und weilen mitten unter uns. Aber lassen wir sie am Wege stehen, die Demokratie ist stolz und ohne Rache. —

Und nun zur aufrichtenden Arbeit. An früheren Kämpfen und Arbeiten gemessen, hat es der Lehrerrat leicht. Der Auftrag, den ihm die Gesamtlehrerschaft gab, macht ihn zum Kultusministerium, denn seine Beschlüsse sind nach dem befreitenden Programm der Reichsregierung der Zustimmung auch unserer vorläufigen Regierung in Hamburg sicher. Und er hat die Gewißheit, daß auch jede nachfolgende Regierung sie gutheißend wird und sie bestätigen muß. Darum heißt es jetzt handeln, die Zeit der theoretischen Betrachtung und Beratung ist vorüber. Wohl ist die Umwandlung unseres Schulwesens eine schwierige, unsere ganze Kraft in Anspruch nehmende Arbeit. Aber gleich morgen schon kann ein Stück neuen Geistes in die Schule einziehen: die Gehelmatken werden zerrissen; die politische und religiöse Gewissensfreiheit wird in Übereinstimmung mit dem Reichsgesetz sofort hergestellt; die Oberschulbehörde erhält einen Beirat; die Vorschulen werden sofort aufgehoben; das Schulgeld fällt an allen öffentlichen Schulen weg; die Schulen werden der Verwaltung des Lehrerkörpers übergeben, Schulleiter, die nicht wiedergewählt werden, kehren in die Klasse zurück; die Schulleitenden werden auf die neuen Grundsätze verpflichtet und verbleiben vorläufig im Amt — werden sie später von der Lehrerschaft nicht bestätigt, gehen sie in den Verwaltungsdienst

über oder kehren in die Klasse zurück. Das Amt am Kinde soll wieder Hochdienst werden. Vorgesetzte, wie sie aus Prüflingen wurden, haben es zum niederen Dienst herabgedrückt.

Wir wollen dem Lehrerrat nicht vorgreifen, aber doch an dieser Stelle die Empfindung der Lehrerschaft zum Ausdruck bringen. Es läßt sich gleichsam an einem Tag unendlich viel bauen. Die Freiheit darf der Schule wie Luft und Licht allen Lebewesen keine Stunde länger vorenthalten bleiben, als nötig ist. Wir wissen heute alle: Handeln nicht wir, dann tun es die politischen Kräfte und Mächte, und wir sind nicht Führer, sondern die Geführten.

Die große allgemeine Versammlung.

Die große Woge des Freiheitsverlangens, unter deren Anprall die morschen Staatsstützen gleich Strohhalmen zusammenknickten, sie mußte auch den Lehrstand erfassen und über seine bisherige Stellung hinausheben. Besteht doch zwischen Staats- und Schulverfassung unlegbar ein ursächlicher Zusammenhang. Ein freier Lehrerstand und eine freie Schule sind nur in einem freien Volke denkbar, während der Obrigkeitsstaat die Schule immer als politisches Werkzeug betrachtet wird. Bedarf es noch der Aufzählung von Fällen der Lehrerbefreiungen zur Erläuterung der Tatsache, daß ein Obrigkeitsstaat die freie Lehrerpersönlichkeit nur widerwillig oder gar nicht erträgt? Will die Obrigkeitsregierung sich nicht selber aufgeben, muß sie sich einer freihellichen Ausgestaltung des Bildungswesens mit hartnäckiger Zähigkeit entgegenstemmen. Unter solchen Verhältnissen konnte der unermüdlich und leidenschaftlich geführte Kampf der Lehrerschaft und die äußere und innere Neugestaltung der Schule nur geringe Erfolge zeitigen. Der organisatorischen Fähigkeit der Lehrer war auf dem Gebiete der Schulorganisation kein Betätigungsfeld eingeräumt. Ihre Führer und Kämpfer konnten nicht handeln, gestalten, da die politischen Gewalten nichts von der Durchführung der Forderungen der Lehrerschaft wissen wollten.

Hielt doch der Unterrichtsgesetzesentwurf vom März d. J., unbekümmert darum, daß er sich mit dem Geiste seiner grundsätzlichen Ausführungen in Widerspruch setzte, starr an der Vorschule fest. Wer es noch nicht wußte, daß die schultechnischen, pädagogischen und finanziellen Gründe, die gegen die Lehrerforderungen ins Feld geführt wurden, nur Scheingründe waren, dem mußte die Blinde von den Augen fallen, als der Senat sich kürzlich, dem Zwange der Verhältnisse fügend, zur Vorschulaufhebung entschloß. Zu spät erkannte die gesetzgebenden Körperschaften, daß sie das Gesetz der fortschreitenden Demokratisierung nicht aus der Welt schaffen konnten. Auch in jenen Tagen noch konnte der Senat sich durchaus nicht zu uneingeschränkter Verwirklichung der Forderungen an ein zeitgemäßes Unterrichtsgesetz entschließen.

Die fortschritthemmernden Schranken sind nun von der Woge des Selbstständigkeitsdranges, die in diesen Tagen unser Volk erfaßte, niedergeworfen worden. Nunmehr kann und muß auch die Lehrerschaft handeln. Die Worte, mit denen

nen Mitgliedern des Vereins Hamburger Volksschullehrer herausgegeben, eines kämpferischen Verbandes, dessen Mitglieder 1894 gemeinschaftlich der GdF beitraten und dort für neuen Schwung sorgten. (Wie in einem späteren Beitrag zu zeigen sein wird, war die GdF lange Zeit ein Sammelbecken für schulpolitisch besonders reformfeindliche Teile der Hamburger Lehrerschaft.)

Die vereinsunabhängige Erscheinungsform der *Pädagogischen Reform* wurde vor allem gewählt, um »der zumeist stockreaktionären Behörde gegenüber ihre Freiheit wahren« zu können. Die GdF dagegen hatte sich in ihrer Geschichte mehrfach Selbstbeschränkungen auferlegt, um ihre sozialen Kassen, die zum großen Teil auf Schulbuchverkäufen an die Behörde beruhten, nicht zu gefährden. Dass der GdF-Vorstand 1905 aus Angst um die Witwenkasse seine Kritik an einer undemokratischen Wahlrechtsvorlage des Senats zurücknahm, war für die *Pädagogische Reform* ein »Kniefall vor der Behörde«.

Nach dem Ende des Obrigkeitsstaates gab es jedoch eine neue Situation: Die Lehrerschaft war vor allem durch das Selbstverwaltungsgesetz von 1920 gestärkt, und in Behörde und Bürgerschaft teilte eine Mehrheit viele ihrer Reformziele.

1922 löste die *hlz* die *Pädagogische Reform* ab. In der ersten Nummer heißt es dazu, die Entwicklung der GdF zur Gewerkschaft »nötigt uns zur Gründung einer Vereinszeitung«. An anderer Stelle wird als Grund eine finanzielle Notlage der *Pädagogische Reform* angegeben, obwohl diese gerade 1920 ihre höchste Auflage erreicht hatte.

Die Diskussion auf den Hauptversammlungen der GdF im Jahr 1921 zeigt jedoch, dass es vor allem darum ging, den Veränderungen seit der Novemberrevolution gerecht zu werden: Wie die *Pädagogische Reform* in ihrer letzten Ausgabe beschrieb, lag inzwischen »eine starre Lähmung über der hambur-

Pädagogische Reform (1877–1921):

- zunächst etwa dreiwöchentlich, dann Wochenzeitung
- meist 4 bis 6 Seiten im Format B 4
- Schriftleiter: u.a. Harro Köhncke, Rudolf Roß (später Bürgermeister), Wilhelm Paulsen
Die Zeitung ist demnächst im Internet bei Scripta Paedagogica Online unter www.bbf.dipf.de zu lesen.

Hamburger Lehrerzeitung (ab 1922):

- Wochenzeitung
- 16 Seiten im Format DIN A4
- Auflage: zunächst 3000
- Schriftleiter (bis 1927): Fritz Köhne

gischen Lehrerschaft«. Als Grund wurde einerseits gesehen, dass viele Führer der Bewegung inzwischen in die Politik gewechselt waren oder in die Schulverwaltung, um so den Aufbau des neuen Schulwesens zu befördern. Andererseits sei »nagende Sorge ums tägliche Brot ein ständiger Gast in den Lehrerfamilien«. Bei vielen KollegInnen dürfte auch eine Enttäuschung hinzugekommen sein, die Ziele von 1918 nur teilweise erreicht zu haben.

Die Aktivitäten vieler LehrerInnen hatten sich von den Versammlungen vermehrt in die Schule verlagert. Wurde früher über Selbstverwaltung und Umgestaltung der Schule theoretisch diskutiert, so war jetzt die praktische Ausführung das Thema. Informationen dazu und Beschlüsse der GdF sollten auch denjenigen bekannt gemacht werden, die nicht zu den schlecht besuchten Versammlungen kamen.

Mit der Vereinszeitung sollte die Lehrerschaft zusammengehalten und ihre Kampfkraft – vor allem in der drückenden Gehaltsfrage – wieder entwickelt werden. Die *Pädagogische Reform* hatte diese Aufgaben auch wahrzunehmen versucht, ein Organ größeren Stils konnte jedoch nur von der finanzkräftigen GdF selbst herausgebracht werden.

In der neuen *Hamburger Lehrerzeitung* sollte der freie Meinungskampf innerhalb der Lehrerschaft »unter gemeinsamer Flagge« verbessert werden. Gegensätzliche Positionen sollten abgedruckt und

die Ansicht des Vereins hervorgehoben werden. Die Zeitungsleitung müsse darauf achten, dass dabei »keine Gehässigkeiten vorkommen«. Denn, wie Richard Balterstaedt es formulierte: »Politische Gegner können in Schulfra-

»Leider neigt kein Stand wie der unsere zu Sonderbündelei und Rechthaberei. Da die Lehrer täglich in ihrem Berufe ihre Persönlichkeit einsetzen müssen, so haben sie ihre Persönlichkeit scharf ausgebildet und glauben, die Dinge müssten so sein, wie sie sie sehen.«
Theodor Blinckmann, 1921

gen einander sehr nahe stehen.« Mit der *Pädagogischen Reform* hatte Hamburgs Lehrerschaft eine der angesehensten pädagogischen Zeitungen hervorgebracht, die sich allen Disziplinierungsversuchen zum Trotz entschlossen für eine fortschrittliche Entwicklung des Schulwesens und für die Rechte der Lehrerschaft einsetzte. Der *hlz* stand ihr dunkelstes Kapitel ab 1933 noch bevor.

MANNI HEEDE
(Fortsetzung folgt)